

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!

4 LATEINAMERIKA
IM SOG DER KRISE

6 INDIEN SETZT
AUF ÖFFNUNG

10 CHANCENMARKT
VIETNAM

China Vorbild in der Krise?

Das Coronavirus leuchtet die Schwächen des chinesischen Systems aus. Beijing aber arbeitet hart daran, am Ende als Gewinner dazustehen. Eine kritische Analyse von Christoph Hein: Nicht jeder kennt Wagga Wagga in Australien. Das Städtchen hat nur 64.000 Einwohner. Nun aber schrieb der Flecken dennoch Schlagzeilen auf internationaler Bühne: Denn der Stadtrat entschied, seine Partnerschaft mit der chinesischen Stadt Kunming aufzulösen. „Kappen wir die Beziehungen nicht mit diesen antidemokratischen Organisationen, geben wir unsere Zustimmung zum Regime der Volksrepublik. Das ist das Regime, das durch Covid-19 Tod und Zerstörung über die Welt gebracht hat. Es ist dieselbe chinesische Regierung, die sich in Lügen, Ausflüchten und Vertuschungen ergeht“, hieß es im Antrag.

Die Australier, die sofort von liberaleren Stimmen im Lande zur Umkehr aufgefordert wurden, stehen nicht alleine da. An die Spitze der antichinesischen Bewegung hat sich einmal mehr Amerikas Präsident Donald Trump gesetzt, als er zunächst vom „chinesischen Virus“ sprach und dann Mitte April die Förderung der Weltgesundheitsorganisation strich. Zuvor hatte schon Taro Aso, der Stellvertretende Regierungschef Japans, gespottet: „Viele Menschen sorgten sich, dass die Weltgesundheitsorganisation in Chinesische Gesundheitsorganisation umbenannt werden müsse.“ Beide werfen Beijing vor, die Organisation der Vereinten Nationen auf seinen Kurs zu zwingen.

Die Konfrontation zwischen den beiden Supermächten China und Amerika spitzt sich in der Corona-Krise noch einmal zu.



Beide Regierungen zeigen mit den Fingern aufeinander, um von eigenen strategischen Fehlern abzulenken - Beijing hat den Ausbruch der Seuche lange verheimlicht und jene, die darauf hinwiesen, bestraft. Donald Trump hat Corona unterschätzt, sein Land nicht vorbereitet und New York weitgehend seinem Schicksal überlassen. Die Beziehungen sind durch den Handelskonflikt der vergangenen Jahre und das Kräfte messen im Indo-Pazifik schon lange belastet.

Trump ringt um seine Wiederwahl, Chinas Präsident Xi Jinping kämpft mit eiserner Faust um sein politisches Überleben. Mit Überwachung, Strafen, Propaganda und Zensur zwang er große Teile seines Volkes nach dem lange verheimlichten Ausbruch der Krankheit in Wuhan hinter sich. Aber wird das reichen, wenn die Krankheit zu wirtschaftlichen Verwerfungen über Monate führen wird? Wenn sie in einer zweiten Welle zurückkehrt, es zu einem Anstieg der Todesraten kommt?

Außenpolitisch steht Xi unter Druck wie nie zuvor. Auch, weil China - Indien nicht unähnlich - eine „Masken-Diplomatie“ betreibt: Die Lieferung von Medikamenten, das Entsenden von Helfern und Ärzten, wird propagandistisch ausgeschlachtet. Mit Blick auf chinesische Hilfsangebote auch in Europa warnt das Berliner Merics-Institut: „Entscheidungssträger müssen die Risiken genau abwägen und gleichzeitig Offenheit gegenüber Kooperationen zeigen, die versprechen, Leben zu retten. In Italien gibt es Bedenken hinsichtlich einer Beteiligung von Huawei an der Einrichtung von Klinik-Cloud-Netzwerken. Denn dadurch könnte ein potenziell unseriöser Anbieter Zugang zu kritischer Infrastruktur und sensiblen Daten erhalten.“ Der amerikanische Außenminister Mike Pompeo sagte, ohne China zu nennen: „Länder sollten sich vor autoritären Regimen mit leeren Versprechungen hüten“.

Viele Beobachter ordnen die Offerten aus Beijing als eine weitere Form der expansiven Außenpolitik der Kommunisten ein, gekennzeichnet etwa durch die illegale Landnahme im Südchinesischen Meer oder die Schuldendiplomatie entlang der Neuen Seidenstraße. Der indische Intellektuelle Brahma Chellaney bringt die Antipathien auf einen Nenner: „Während die Welt noch mit der Coronavirus-Pandemie ringt, die in China ihren Anfang nahm, ist Beijing mit seiner Expansionspolitik beschäftigt - vom Kaufen

nun billiger Aktienpakete im Ausland, wie die der HDFC Bank, bis zum Entsenden eines Überwachungsschiffes in Vietnams Wirtschaftszone. Das selbe Schiff war bei den Auseinandersetzungen mit Vietnam im vergangenen Jahr zum Einsatz gekommen.“ Als die australische Tageszeitung The Daily Telegraph China wegen des „Wuhan-Virus“ kritisierte, meldete sich das Konsulat und wies die Journalisten in aller Deutlichkeit auf ihre „Fehler“ hin: Da aber Australien kein totalitärer Staat ist, nahmen die sich darauf die Freiheit, den Brief der Beijinger Diplomaten abzdrukken und Punkt für Punkt zu widerlegen. Die Nerven liegen blank.

*„Die Botschaft lautet:
Wir haben die
Epidemie besiegt“*

Auch in China ist Kritik derzeit noch weniger erlaubt als zuvor. Die Botschaft, die China im eigenen Land ebenso wie international propagiert, lautet: Wir haben die Epidemie besiegt. Kritische Inhalte werden weiterhin zensuriert, ihre Verfasser bleiben verschwunden oder es werden Disziplinarmaßnahmen eingeleitet. Die Frage, ob die Gesundheit wichtiger ist oder die Wirtschaft, habe Parteichef Xi in einer Megatelefonkonferenz mit 17.000 Kadern aus allen Winkeln des Landes mit der für die Kommunisten typischen Zweideutigkeit beantwortet, kritisierte Immobilien tycoon Ren Zhiqiang. Daraufhin wurde nicht nur der Essay mit seinen Bemerkungen gelöscht, sondern der bekannte Unternehmer auch aus dem Verkehr gezogen.

Politisch droht die eiserne Faust, wirtschaftlich aber ist der Kurs noch nicht klar - weil auch überhaupt noch nicht klar ist, ob China als erstes Land das Virus besiegt hat. Doch allein im ersten Quartal haben 46.000 Firmen ihren Betrieb dauerhaft eingestellt, die meisten davon waren vor nicht mehr als drei Jahren erst gegründet worden. Kein Wunder, dass selbst angesichts des Organisations- und Unterdrückungsgrades Chinas Proteste aufflammten: Arbeiter forderten öffentlich finanzielle Unterstützung, Taxifahrer verlangten die Befreiung von Miet- und Lizenzzahlungen. An der Grenze zwischen den Provinzen Hubei und Jiangxi kam es zu Auseinandersetzungen aus Furcht vor Ansteckungen. Die psychischen Folgen der

Isolation von mehr als 700 Millionen Menschen und der Dauerbelastung von Ärzten, Schwestern und Pflegern sind noch offen. Längst gibt es Zweifel an den Todeszahlen, die China meldet. Und dies, auch weil die Weltgesundheitsorganisation sehr China nah auftritt: Obwohl Beijing nur ein Zehntel dessen zahlt, was Amerika vor Trumps Aufkünden beigesteuert hat, kam es immer wieder zu verstörenden Aktionen der WHO. Mal hängte ein Spitzenmanager ein Videogespräch mit einer Journalistin einfach auf, als sie nach der - erfolgreichen - Corona-Strategie Taiwans fragte. Dann empfahl die WHO, die Lebensmittelmärkte Chinas unter freiem Himmel, die „wetmarkets“ wieder zu öffnen - was nicht nur der australische Ministerpräsident Scott Morrison massiv und öffentlich kritisierte.

Michael Winzer, der erfahrene Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Beijing, fasst den Ansatz Beijings so zusammen: „Dieses Vorgehen wurde von der Kommunistischen Partei Chinas als der große nationale, vaterländische Krieg gegen das Virus inszeniert, zu dem jeder aufrechte Chinese aufgefordert wurde und darin auch seinen persönlichen Beitrag zur Größe der Volksrepublik und des Primats der Partei zuleisten habe. Eine Kommunikationsstrategie, die nun, nachdem die erste Infektionswelle überstanden scheint, spielend umformuliert werden kann, um die Überlegenheit des chinesischen Systems gegenüber den sich offensichtlich in einer Existenzkrise befindlichen Ländern des Westens zu untermauern.“

Dabei bleibt der Führung der Kommunistischen Partei nichts anderes, als mit aller Kraft die Wirtschaft anzukurbeln. Das aber ist nicht einfach. Denn China bleibt abhängig vom - derzeit brachliegenden - Exportmarkt, das Land ist so hoch verschuldet wie nie zuvor und die Führung hat für 2049 ehrgeizige Ziele ausgegeben. Die Analysten aber bleiben skeptisch: Rob Subbaraman, Asien-Chefökonom der Bank Nomura, erwartet nur noch 0 bis 1% Wachstum in diesem Jahr. „Nachdem die Pandemie auf andere führende Volkswirtschaften übergegriffen hat und es das Risiko einer zweiten Infektionswelle innerhalb Chinas gibt, glauben wir, dass die Märkte immer noch die Stärke der Auswirkung auf den chinesischen Export unterschätzen. Eine deutliche Aufwertung des Yuan würde den Export-Ausblick weiter verschlechtern.“

Im Jahr 2021 könnte es dann von dramatisch niedriger Basis wieder steil bergauf gehen um 8 bis 9% - auch wenn das derzeit nicht mehr als Kaffeesatz-Leserei ist. Daran, dass Beijing noch einmal ein Rettungspaket in der Größenordnung von 4 Billionen Yuan wie nach der Weltfinanzkrise 2008 auflegt, mag derzeit niemand glauben.

Subbaraman sieht drei große Gefahren für die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde und ihre kommunistische Führung: „Es gibt ein reales Risiko, dass Corona wieder aufflammen könnte. Es könnten importierte Fälle sein. Zugleich aber kehren mehrere zehn Millionen Arbeitsmigranten nun in die Städte zurück und könnten das Virus verbreiten. Die Exportnachfrage dürfte hart getroffen werden. Und schließlich wurde aus dem Nachfrage-Schock ein Angebots-Schock, der die Lieferketten stört.“

Sie wieder aufzubauen, wird eine der großen Herausforderungen für China. Westli-

che Konzerne rechnen damit, dass es mindestens ein Jahr dauern werde, wieder auf das alte Niveau zurückzukehren. Aber ist das gewollt? Schon der Handelskonflikt ließ immer mehr Vorstände nach Südostasien, und hier insbesondere Vietnam, oder nach Südkorea schauen auf der Suche nach Ansiedlungsalternativen. Diese Abwanderungsgedanken aus einer immer satteren Diktatur mit steigenden Preisen und unter dem Druck Amerikas könnten sich beim Abklingen der Corona-Krise noch einmal verschärfen.

Die Asiatische Entwicklungsbank ADB schätzt, Corona werde China 700 Mrd. USD oder gut 5% seiner Wirtschaftskraft kosten. Das wäre zu verkraften. Ob es bei Neuinvestitionen zu Verschiebungen kommt, ist noch offen. Doch sollte es zu einer zweiten Infektionswelle mit ähnlichen Opferzahlen kommen, geriete die politische Führung innenpolitisch enorm unter Druck.

Vielleicht aber gelingt es der Parteidiktatur wirklich, sogar Kapital aus der Krise zu schla-

gen. „Die chinesische Regierung wird wahrscheinlich ihren autoritären Ansatz noch weiter betonen als Zeichen ihrer Fähigkeiten und damit die westlichen Ideen der politischen Führung noch weiter in Frage stellen“, warnt Tze Ern Ho von der S. Rajaratnam School of International Studies in Singapur. Ob dieser Ansatz, gestützt von einer weltumspannenden Maskenpolitik, von Erfolg gekrönt sein wird, dürfte sich erst nach einem Abebben der Seuche zeigen. Letztlich hängt er auch von einer Wiederwahl Trumps ab - die stark an der Verbreitung des Virus in Amerika hängt.

Autor

Dr. Christoph Hein
ist Asien-Pazifik-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit Sitz in Singapur



News inside: DZ BANK German Desk Singapur

EU – Vietnam: Das Freihandelsabkommen kommt

Ein weiteres Freihandelsabkommen der EU ist in trockenen Tüchern – dieses Mal mit Vietnam. Nach jahrelang andauernden Verhandlungen wurde das „EU-Vietnam Free Trade Agreement“ (EUVFTA) im Februar 2020 letztendlich vom Europäischen Parlament gebilligt. Das Abkommen sieht vor, dass innerhalb der nächsten sieben Jahre alle bis dato bestehenden Zölle, auf beiden Seiten vollständig abgeschafft werden. Nichttarifäre, bürokratische Handelshemmnisse werden zudem reduziert und insbesondere Vietnam verpflichtet sich, globale Standards zu implementieren und Zertifizierungen der EU anzuerkennen. Auch der Zugang zu staatlich ausgeschriebenen Aufträgen soll erleichtert werden. In Gänze handelt es sich um das wahrscheinlich umfänglichste Freihandelsabkommen, welches jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland vereinbart wurde.

Vietnam ist eine wirtschaftlich aufstrebende Nation in einem vorteilhaften makroökonomischen Umfeld. Die Bevölkerung ist jung - allein bis 2030 steigt die Einwohnerzahl von aktuell 93 Millionen auf ca. 103 Millionen. Ein jährlich erbrachtes Wirtschaftswachstum von ca. 6% sorgt für zunehmende Kaufkraft innerhalb der vietnamesischen Gesellschaft. Veränderungen im Konsumverhalten und ein höheres Qualitätsbewusstsein machen das Land für europäische Unternehmen dadurch zunehmend auch als Absatzmarkt interessant.

Im Jahr 2018 beliefen sich die Exporte von Vietnam in die EU auf ca. 42,5 Mrd. EUR. Die EU wiederum exportierte Waren im Wert von ca. 13,8 Mrd. EUR nach Vietnam. Das Steigerungspotenzial ist für beide Seiten hierbei noch enorm, zumal asiatische Länder (China, Südkorea, Japan) sowie die USA bereits jetzt in weitaus ausgeprägteren Handelsbeziehungen mit Vietnam stehen.

Neben Singapur ist Vietnam nun bereits das zweite Land innerhalb des ASEAN-Staatenbundes, mit welchem die EU ein Freihandelsabkommen finalisieren konnte. Die ersten Gespräche mit Indonesien, Thailand und Malaysia haben zudem bereits begonnen.

Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf Seite 10.

Autor

Georg Wagner
DZ BANK AG
Strukturierte
Finanzierung
German Desk
Singapore
50 Raffles Place 43-01
Singapore Land Tower
Singapore 048623
0065 64278382
georg.wagner@dzbank.de



So stemmt sich Lateinamerika gegen die Krise

Auch in Lateinamerika nimmt die Zahl der Corona-Infizierten stetig zu. Viele Regierungen sind sich bewusst, dass eine starke Verbreitung des Virus in Anbetracht der schwachen Gesundheitssysteme katastrophale Auswirkungen in ihren Ländern haben kann. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens treffen die einzelnen Volkswirtschaften hart. Aber damit nicht genug: Wichtige Abnehmerländer wie China fragen weniger Rohstoffe und Vorprodukte aus Lateinamerika nach. Besonders trifft dies die Kupferlieferanten Chile und Peru. Auch Brasilien, und Argentinien sind auf die Exporte nach China und in andere Weltregionen angewiesen. Das industrieorientierte Mexiko ist zwar weniger auf den Verkauf von Rohstoffen angewiesen. Die hiesigen Unternehmen exportieren in erster Linie Endprodukte wie Pkw, Elektrogeräte und Zwischengüter. Aber auch nach diesen Produkten bricht die weltweite Nachfrage ein. Zudem werden in den nächsten Wochen zahlreiche Vorprodukte ausbleiben, auf die die Fabriken angewiesen sind.

Auch indirekt ist Lateinamerika von der weltweiten Ausbreitung des Coronavirus betroffen: Der Einbruch der Ölpreise setzt den staatlichen Ölförderer Pemex aus Mexiko und andere Ölgesellschaften der Region unter erheblichen Druck. Ähnlich wirkt sich der Preisverfall wichtiger Mineralien wie Kupfer und Steinkohle aus. Hinzu kommt die Geldentwertung: Anleger wechseln stärker in sichere Anlageformen wie Gold und US-Dollar - zulasten der Währungen von Schwellenländern. So verlor beispielsweise der mexikanische Peso gegenüber dem US-Dollar 5% an Wert, nachdem die US-Notenbank bekannt gab, ihren Leitzins zu senken.

Die Regierungen haben daher Entscheidungen getroffen, um die Folgen für die jeweiligen Volkswirtschaften so weit wie möglich abzufedern. Im Folgenden ein Überblick über die getroffenen Maßnahmen in ausgewählten Ländern der Region:

Argentinien

Staatspräsident Alberto Fernández ordnete eine Ausgangssperre an. Die Grenzen sind für Ausländer ohne ständigen

Wohnsitz geschlossen. Arbeitssuchende, Rentner und bedürftige Familien werden mit zusätzlichen Sozialleistungen unterstützt. Für kleine und mittlere Unternehmen stehen Sonderkredite in Höhe von 5,3 Mrd. USD bereit.

Brasilien

In einigen Städten und Landesteilen wie São Paulo sind Restaurants und Geschäfte geschlossen, die nicht für die tägliche Versorgung benötigt werden. Ausländer dürfen nur noch begrenzt einreisen. Die Wirtschaft und arme Bevölkerungsteile sollen unter anderem durch Sonderkredite unterstützt werden, die Mittel sind aufgrund der steigenden Staatsverschuldung aber begrenzt.

Chile

Die Regierung beschloss umfangreiche Schutzmaßnahmen, darunter die Schließung der Grenzen und verschiedener Flughäfen im Land. Einige Städte wie Puerto Williams wurden komplett unter Quarantäne gestellt. Staatspräsident Sebastián Piñera will die Fiskalausterität aufgeben und kündigte Hilfen von 15 Mrd. USD an.

Ecuador

Die Grenzen des Landes sind nicht passierbar, darüber hinaus wurden die meisten Geschäfte geschlossen und eine Ausgangssperre verhängt. Wo möglich sollen die Menschen von zu Hause aus arbeiten. Die staatliche Unterstützung konzentriert sich bislang auf kleine Gewerbetreibende, die eine monatliche Zahlung von 60 USD und Kredite von bis zu 2.500 USD erhalten können.

Kolumbien

Die Grenzen sind auch in Kolumbien geschlossen und die Regierung verhängte eine allgemeine Ausgangssperre. Ein Hilfspaket in Höhe von 13 Mrd. USD soll die größten wirtschaftlichen Einbußen abmildern.

Kuba

Auch hier gehen die Einschränkungen des öffentlichen Lebens weit. Schulen sind geschlossen und wo möglich soll die Bevölkerung in den staatlichen Betrieben von zu Hause aus arbeiten. Die Gehälter

werden dabei teilweise weiter gezahlt. Touristen wurden aufgefordert, das Land zu verlassen. Für verbliebene Gäste gilt eine 14-tägige Quarantäne in den Hotels. Unternehmen werden durch Steuerstundungen unterstützt.

Mexiko

Die Administration von Staatspräsident Andrés López Obrador erließ bislang vergleichsweise wenige Beschränkungen, doch auch in Mexiko sind Schulen im ganzen Land geschlossen worden. In einigen Bundesstaaten wie Mexico City gehen die Maßnahmen weiter und umfassen auch die Schließung von Freizeiteinrichtungen und öffentlichen Gebäuden. López Obrador kündigte an, sich bei den Hilfszahlungen zunächst auf die armen Bevölkerungsteile zu konzentrieren, konkrete Transferleistungen sind bislang jedoch noch nicht bekannt.

Peru

Im Land gilt eine Ausgangssperre, die unter anderem vom Militär kontrolliert wird. Auch die Grenzen sowie die meisten Geschäfte (Ausnahmen für Güter des täglichen Bedarfs) sind geschlossen. Die Hilfen der Regierung konzentrieren sich bisher auf rund 13 Mio bedürftige Menschen, die jeweils 110 USD erhalten.

Uruguay

Die Landgrenzen sind zu, für Flugreisende aus Risikogebieten ist eine 14-tägige Quarantäne obligatorisch. Schulen und Freizeiteinrichtungen wurden geschlossen und Menschenansammlungen im öffentlichen Raum sind verboten. Zur Unterstützung von Wirtschaft und Bevölkerung wird der Aufschub von Steuerzahlungen gewährt und die Regierung stellt 22 Mio. USD für Sozialleistungen zur Verfügung.



Weitere Informationen:
<https://amerika21.de>



Incoterms® 2020: Nutzen in der Corona-Krise?

Force Majeure-Klauseln sind bei den aktuellen Störungen in internationalen Lieferketten aufgrund der Corona-Pandemie von besonderer Bedeutung. Wenn aber eine solche Klausel nicht vereinbart worden ist, kommt es hinsichtlich der Risikoverteilung zwischen den Vertragsparteien auf die vertraglichen Vereinbarungen an. Hierbei kann auch die für den Liefervertrag vereinbarte Incotermklausel berücksichtigt werden, sie wird aber wegen der Maßgeblichkeit des auf den Vertrag anwendbaren Rechts nicht entscheidend sein.

Es kann nicht generell gesagt werden, dass sich eine Vertragspartei aufgrund der Corona-Pandemie bei Leistungsstörungen in der internationalen Lieferkette immer auf einen Fall von Höherer Gewalt (Force Majeure) berufen kann. Von einem Ereignis Höherer Gewalt spricht man, wenn ein von außen kommendes Ereignis vorliegt, für das keine der Vertragsparteien eine Haftung übernehmen wollte, das weder vorhersehbar noch abwendbar ist und die Durchführung eines Vertrags verhindert oder beeinträchtigt. Die Corona-Pandemie dürfte generell als Ereignis Höherer Gewalt einzustufen sein. Es muss aber immer eine Corona-bedingte Kausalität der Nichteinhaltung der Leistungsverpflichtungen und nicht etwa nur eine Leistungsschwernis vorliegen. Die Beweislast trifft insoweit die Vertragspartei, die sich darauf beruft.

Befreiung von der Leistungspflicht ohne Force Majeure-Klausel?

Leistungsstörungen lassen sich in den Corona-Fällen in aller Regel auf der Grundlage einer Force Majeure-Klausel lösen. Was ist, wenn eine solche fehlt? Ein Ereignis, das als solches unter die Definition des Begriffs der Höheren Gewalt fallen kann, begründet keinesfalls per se eine Befreiung von der Leistungspflicht bzw. einen Schadensersatz- oder Aufwendungsersatzanspruch oder das Recht auf einseitige Beendigung des Vertrags. Wenn der Liefervertrag keine Force Majeure-Klausel enthält, ist der Vertrag in seiner Gesamtheit daraufhin zu untersuchen, wie die Vertragsparteien die auftreten könnenden Risiken untereinander verteilen wollten. Hierbei kann auch die vereinbarte Incotermklausel berücksichtigt werden.

Incotermklauseln stellen keinen Vertrag dar, sondern sind nur ein Teil davon. So ist etwa die Verpflichtung des

Verkäufers zur Bereitstellung der Ware in A1 nach dem auf den Kaufvertrag anwendbaren Recht zu beurteilen, was sich auch schon daraus ergibt, dass dies „in Übereinstimmung mit dem Kaufvertrag“ zu erfolgen hat.

Neue Serie: Incoterms® in der Praxis

Die Lieferverpflichtung des Verkäufers nach A2, die darin besteht, dass die Ware dem Käufer je nach gewählter Incotermklausel an dem relevanten Ort zur Verfügung zu stellen, zu übergeben, zu beschaffen oder an den relevanten Ort zu verbringen ist, sind ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Schick- oder Holschuld nach dem auf den Vertrag anwendbaren Recht zu bewerten. Insbesondere der Gefahrübergang nach A3/B3 und die Transportverpflichtung nach A4/B4 nehmen zwar eine klare Risikoverteilung vor, aber auch hier gilt eine Einschränkung nach dem auf den Vertrag anwendbaren Recht. Die vereinbarte Incotermklausel ist im Hinblick auf die Risikoverteilung im Falle Höherer Gewalt nur von begrenzter Relevanz. Die Incoterms® können zwar Auswirkungen darauf haben, aber nur reflexartig.

Sie werden – was die Rechtsprechung aber noch zeigen muss – wahrscheinlich für die Beurteilung der Risikoverteilung im Falle von Höherer Gewalt im Zusammenhang mit der Corona-Krise nicht entscheidend sein. Vielmehr spricht eine hohe Vermutung dafür, dass die hiermit in Zukunft befassten Gerichte die Auswirkungen der Corona-Pandemie als so außergewöhnlich betrachten werden, dass keine der Parteien dieses Risiko allein zu tragen haben wird.

Es empfiehlt sich für die Unternehmen also, proaktiv mit den Vertragspartnern zu versuchen, eine für beide Seiten ak-

zeptable Lösung zu finden. Hierbei wird das auf den Vertrag anzuwendende Recht eine wesentliche Rolle spielen.

Einfluss von Rechtswahlklauseln

Die in den internationalen Lieferverträgen getroffenen Rechtswahlklauseln werden daher einen nicht unerheblichen Einfluss haben. Kommt es danach – oder mangels einer Rechtswahl nach den objektiven Anknüpfungskriterien des Internationalen Privatrechts zur Bestimmung des anwendbaren Rechts – zur Anwendung des deutschen Rechts, werden die Rechtsfolgen der Nichterfüllung aufgrund einer für eine Vertragspartei nicht beherrschbaren Ursache im Recht der Unmöglichkeit (§ 275 BGB) sowie zum Teil im Recht der Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) geregelt. Je nach Gestaltung der Rechtswahlklausel kommt es im internationalen Rechtsverkehr zur Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG). Die Nichterfüllung aufgrund eines außerhalb des Einflussbereichs einer Vertragspartei liegenden Hinderungsgrunds, der von ihr vernünftigerweise nicht erwartet werden konnte, befreit sie im Rahmen des Art. 79 (1) CISG von ihren Pflichten. Epidemien sind grundsätzlich als Fallgruppe nach Art. 79 CISG anerkannt.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei NEUSSELMARTIN Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Taunusstr. 72, (Rheinkai 500) 55120 Mainz

Tel. 06131/6247170
k.vorpeil@neusselmartin.de
www.neusselmartin.de



Indien

Eines der zahlreichen Attribute, die Indien zugeschrieben werden, ist Land der Gegensätze. Obwohl primär die indische Gesellschaft charakterisierend, läßt es sich gegenwärtig, nach Jahren eines scheinbar unaufhaltsamen Aufschwungs, ebenso der ins Stocken geratenen Wirtschaft des Landes zuordnen. Indiens Weg von einer protektionistischen Planwirtschaft zu einer liberalen Marktwirtschaft mit integrativem Wachstum ist lang und nicht frei von Rückschlägen.

Politische Lage

Indien ist eine parlamentarisch-demokratische Republik mit bundesstaatlicher Ordnung. Aus Parlamentswahlen 2019 ging die rechtskonservative, hindunationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter Premierminister Narendra Modi zum zweiten Mal in Folge als stärkste Partei hervor und erzielte die absolute Mehrheit. Die größte Oppositionspartei ist die sozialliberale, säkulare Kongresspartei (Indian National Congress/INC) unter Sonia Gandhi.

Im Oberhaus des Parlaments, der Vertretung der Bundesstaaten, bilden die BJP und ihre Bündnisparteien der National Democratic Alliance (NDA) aktuell zwar die größte Gruppierung, verfügen aber über weniger als die Hälfte der Sitze. Aufgrund des rollenden Wahlverfahrens,

in dem alle zwei Jahre rund ein Drittel der Mitglieder neu gewählt werden, und der bedeutenden Rolle insbesondere der regionalen Parteien, ist eine Machtverschiebung nur sehr langsam möglich. Das demokratische System Indiens ist gefestigt und widerstandsfähig. Es basiert auf dem säkularen Charakter des Staates und dem föderalen Staatsauf-

bau. In der Politik der Regierung treten allerdings zunehmend rechtsnationale Tendenzen zutage, den Hinduismus als konstituierendes Merkmal des Staates zu verankern. Diese Entwicklungen rufen Proteste hervor, wie die landesweiten Massendemonstrationen gegen das Staatsbürgerschaftsergänzungsgesetz vom Dezember 2019, das Einbürgerung mit Glaubenszugehörigkeit verbindet.

Die staatliche Gewaltenteilung ist weitgehend ausgeprägt. In den administrativen Strukturen bestehen Defizite, die unter anderem aus der weit verbreiteten Korruption und Patronage, Unterbesetzungen in der Justiz und der Polizei sowie Problemen in der vertikalen Koordination innerhalb der bundesstaatlichen Ordnung resultieren.



Neu Delhi ist die Hauptstadt Indiens, Sitz der indischen Regierung, des Parlaments und der obersten Gerichte.

Die fünf größten Geschäftsbanken (Bilanzsumme per 31.03.2019 in Mrd. EUR)

State Bank of India	500,36
HDFC Bank	166,30
ICICI Bank	159,40
Bank of Baroda	105,47
Axis Bank	104,75

Quelle: Orbis BankFocus

Der staatliche Zusammenhalt Indiens ist stabil. Die Aufhebung des Sonderstatus von Jammu und Kaschmir durch einen Präsidentenerlass im August 2019 birgt jedoch erhebliche Risiken für die nationale Sicherheitslage und hat weitreichende internationale Folgen nicht nur im Hinblick auf das hohe Konfliktpotenzial in den Beziehungen zu Pakistan und den tiefgehenden Differenzen mit China, die aus der strategischen Konkurrenz um Einfluss in der Indopazifik-Region, dem Grenzkonflikt in Ladakh und der militärischen Präsenz Chinas in Tibet resultieren, sondern auch hinsichtlich der Beziehungen zu islamischen Staaten des Mittleren Ostens.

Wirtschaftsstruktur

Indien ist nach China mit rund 1,3 Milliarden Einwohnern der weltweit bevölkerungsreichste Staat. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 2.010 USD (2018) zählt das Land trotz guter volkswirtschaftlicher Zuwachsraten von durchschnittlich 6,5% seit 1992 noch immer zu den ärmsten Ländern. Im Human Development Index der Vereinten Nationen, der als Wohlstandsindikator von Staaten gilt, rangierte Indien 2019 lediglich auf Platz 129 unter 189 Staaten. Eine wesentliche Ursache für die weit verbreitete Armut sind mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten im formellen Sektor der indischen Volkswirtschaft. So wird nach offiziellen Schätzungen mehr als die Hälfte der wirtschaftlichen Aktivitäten von nicht registrierten privaten Klein- und Kleinunternehmen erbracht. Ein Sektor mit einem besonders hohen Anteil informeller Beschäftigungsverhältnisse ist die Landwirtschaft, die nur rund 16% zum BIP beiträgt, in der jedoch etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung beschäftigt ist.

In der Industrie werden rund 30% des BIP erwirtschaftet. Der wichtigste Zweig ist die herstellende Industrie, in der der Maschinen- und Ausrüstungsbau, die Metallverarbeitung und die Textilwirtschaft die höchsten Wertschöpfungsbeiträge liefern. Im Konsumgüterbereich decken überwiegend kleine und mittelgroße Betriebe mit arbeitsintensiven Herstellungsprozessen den Inlandsbedarf. Indien verfügt in der Luft- und Raumfahrttechnik, der Computertechnik, der Pharmazie und der Automobilindustrie über inter-

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)			
Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real) (jährliche Zuwachsrate)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2017	7,1	3,3	-3,5
2018	6,8	3,9	-3,4
2019	4,9	3,6	-3,8
2020s	6,1	4,7	-3,6

s = Schätzung
Quelle: Economist Intelligence Unit

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mrd. USD)			
Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2017	-1,4	28,9	389,4
2018	-2,4	30,7	374,4
2019	-1,8	34,9	419,2
2020s	-1,8	35,7	428,1

s = Schätzung
Quellen: Economist Intelligence Unit, Internationaler Währungsfonds, eigene Berechnungen

national wettbewerbsfähige Hochtechnologieunternehmen. Der produktivste Wirtschaftssektor ist der Dienstleistungsbereich, der 46% des BIP erbringt. Hier kommen dem Handel, der Immobilienwirtschaft und der IT-Dienstleistungswirtschaft für Unternehmen die höchsten Bedeutungen zu.

Die indische Volkswirtschaft ist trotz des vor dreißig Jahren begonnenen Öffnungsprozesses mehrheitlich noch nicht liberalisiert. Sektoren wie Landwirtschaft, Energie, Finanzen und Rohstoffe werden weiterhin vom Staat dominiert. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Arbeitsrecht und für den Landerwerb stellen Hemmnisse für Privatinvestitionen dar und sind dringend reformbedürftig.

Die Außenwirtschaft kennzeichnet ein ausgeprägtes Defizit im Warenhandel. Hierzu trägt einerseits die Abhängigkeit Indiens von Energieimporten in Form von Rohöl und Raffinerieprodukten bei (Anteil: 26%), andererseits aber auch die überwiegend auf Rohwaren wie Raffinerieprodukte (15%), Edelsteine/Juwelen (14%) und landwirtschaftliche Erzeugnisse (10%) konzentrierte Exportstruktur. Der Export von Dienstleistungen für Unternehmen und die Rücküberweisungen

der Arbeitsmigranten gewähren einen stetigen Devisenzufluss, der die Leistungsbilanz stützt.

Zur Deckung des außenwirtschaftlichen Finanzierungsbedarfs spielen ausländische Direktinvestitionen noch eine untergeordnete Rolle, obwohl sich unter Modi die Rahmenbedingungen deutlich verbessert haben und Indien im Ranking des Geschäftsklimaindex der Weltbank auf Platz 63 (2020) aufgestiegen ist.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Die indische Volkswirtschaft verzeichnete nach vorläufigen Angaben 2019 die seit elf Jahren schwächste Zuwachsrate von 4,9%. Die Wachstumsschwäche durchzog alle Wirtschaftssektoren. Besonders gravierend wirkte sich der von 6,9% im Vorjahr auf 2,0% rückläufige Anstieg des Wertschöpfungsbeitrags der herstellenden Industrie aus. Der Dienstleistungssektor lieferte auch 2019 den höchsten Beitrag zum BIP und schrumpfte mit -1,0% vergleichsweise moderat. Die privaten Konsumausgaben, die mit rund 60% des BIP (2019) die wichtigsten Wachstumstreiber sind, legten im Vorjahresvergleich nur um niedrige 0,6% zu.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Indien (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2017	10.683	8.489	2.194
2018	12.499	8.926	3.573
2019	11.935	9.381	2.554

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

Zur Verlangsamung des Privatkonsums trug das stagnierende Einkommensniveau bei, dessen Auswirkungen auf das BIP nach einer Liquiditätskrise im Schattenbankensektor nicht mehr abgefangen werden konnten. Ausgelöst wurde die Krise durch die abrupte Bargeldreform und die mangelhafte Einführung einer landesweiten Waren- und Dienstleistungssteuer, die zu erheblichen Verwerfungen geführt hatten.

Die 2019 angekündigten konjunkturstützenden Maßnahmen dürften kurzfristig über die Belebung der Konsumnachfrage zu einer leichten Wachstumsbeschleunigung führen, jedoch die Haushaltsdefizite auf gesamt- und bundesstaatlicher Ebene von 3,8% bzw. 6,2% des BIP 2019 weiter ansteigen lassen. Die Aktivierung der Kreditvergabe der öffentlichen Banken und die Anhebung des Niveaus der strukturell niedrigen Privatinvestitionen werden voraussichtlich erst mittel- bis langfristig zu erreichen sein. Die zur Kompensation der Ausgabensteigerungen vorgesehenen Teilprivatisierungen dürften auf innenpolitischen Widerstand stoßen und nicht ausreichen, das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit für 2021 wie geplant auf 3,5% des BIP zu konsolidieren. Die mit 69,1% des BIP bereits sehr hohe Gesamtverschuldung des Staates, die weit überwiegend langfristig über den inländischen Finanzmarkt finanziert werden kann, setzt weiteren fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen Grenzen.

Niedrigere Ölpreise haben 2019 das Handelsbilanzdefizit verringert und schlugen sich bei den stetigen Überschüssen in der Dienstleistungs- und der Übertragungsbilanz in einem auf -1,8% des BIP reduzierten Leistungsbilanzsaldo nieder. Die protektionistische Handelspolitik der Modi-Regierung wird voraussichtlich das Importwachstum in Abhängigkeit von der Ölpreisentwicklung verlangsamen,

dürfte sich jedoch wegen der Vergeltungsmaßnahmen insbesondere seitens der USA als dem wichtigsten Absatzmarkt nachteilig auf die bereits schwachen Exporte Indiens auswirken.

Der Netto-Zufluss ausländischer Direktinvestitionen verharrte in Relation zum BIP mit 1,2% auf einem niedrigen Niveau.

Das Wichtigste in Kürze

- ▶ Indiens Weg von einer protektionistischen Planwirtschaft zu einer liberalen Marktwirtschaft ist lang und nicht frei von Rückschlägen
- ▶ Das demokratische System des riesigen Landes ist gefestigt und widerstandsfähig
- ▶ In der Luft- und Raumfahrt, der Computertechnik, der Pharmazie und der Automobilindustrie international wettbewerbsfähige Hochtechnologiefirmen
- ▶ Der produktivste Wirtschaftssektor ist der Dienstleistungsbereich, der 46% des BIP erbringt
- ▶ Deutschland ist Indiens wichtigster Handelspartner in der EU
- ▶ Schwerpunktbereiche der deutschen Investitionen sind die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftwagenteilen, elektrischen Ausrüstungen und chemischen Erzeugnissen sowie der Maschinenbau

Die Inflationsrate war 2019 mit durchschnittlich 3,6% moderat und lag im Mandatsbereich der Zentralbank. Gestiegene Nahrungsmittelpreise und mehrere Zinssenkungen 2019 haben die Inflationserwartung für 2020 auf zwischen 4,9% und 5,1% erhöht, sodass ab 2021 eine restriktivere Geldpolitik zu erwarten ist.

Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und zur EU

Deutschland ist Indiens wichtigster Handelspartner in der EU, global steht es an sechster Stelle.

Die alle zwei Jahre stattfindenden Regierungskonsultationen bieten seit 2011 einen festen Rahmen für den gegenseitigen Austausch. In den letzten Konsultationen

im November 2019 wurden Absichtserklärungen zur stärkeren Unterstützung von Start-ups, Kooperationen zur Künstlichen Intelligenz und zur Zusammenarbeit beim Ausbau und der Modernisierung des indischen Eisenbahnnetzes unterzeichnet. Die Kooperation im Bereich der beruflichen Bildung soll weiter vertieft werden. Der indische Markt bleibt aus Sicht deutscher Unternehmen jedoch schwierig und hinter den Möglichkeiten zurück. Das liegt nicht zuletzt an den seit 2013 ausgesetzten Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien. So lag das bilaterale Handelsvolumen Deutschlands und Indiens trotz deutlicher Verbesserungen seit 2017 im Jahr 2018 mit 21,4 Mrd. EUR um etwa das Zehnfache unter demjenigen mit der Volksrepublik China. Der deutsche Handelsüberschuss von rund 3,6

Mrd. EUR 2018 zeugt von der hohen indischen Nachfrage insbesondere nach deutschen Investitionsgütern. So entfällt auf Maschinen, Apparate und Geräte etwa ein Drittel am deutschen Gesamtexport nach Indien. Der Schwerpunkt der indischen Exporte nach Deutschland liegt im Bereich Textilien, gefolgt von chemischen Erzeugnissen, Elektrotechnik, Metallwaren, Lederwaren und Nahrungsmitteln.

Deutschland zählt seit vielen Jahren zu den 10 wichtigsten ausländischen Direktinvestoren in Indien und liegt derzeit mit rund 15,6 Mrd. EUR auf Platz 7. Schwerpunktbereiche der Investitionen sind die Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kraftwagenteilen, elektrischen Ausrüstungen und chemischen Erzeugnissen sowie der Maschinenbau.

Das Programm „Make in India Mittelstand“ hat bereits über 135 mittelständische und familiengeführte deutsche Unternehmen bei Investitionen von über 1,2 Mrd. EUR in Indien unterstützt.

Die Aussichten für die Vertiefung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben sich mit der anlässlich der Regierungskonsultationen bekundeten Absicht, den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und Indien voranzutreiben, aufgehellt. Ebenso dürfte die deutsche Entscheidung, wieder Investitionsgarantien für förderungswürdige Direktinvestitionen in Indien zu übernehmen, einen Beitrag hierzu leisten.

Aussichten

Die Konjunkturschwäche der indischen Volkswirtschaft ist durch gesunkene Wertschöpfungsbeiträge aller wichtigen Wirtschaftssektoren gekennzeichnet. In dieser Phase wurden strukturelle Defizite offengelegt, die die Wachstumsschwäche verstärken. Unvollständige oder fehlende Strukturreformen hemmen Privatinvestitionen und belasten die herstellende Industrie. Das gesunkene Einkommensniveau wirkt sich negativ auf die Konsumnachfrage als dem wichtigsten

Hauptimportgüter Indien (in Prozent der Gesamteinfuhr 2018)

Erdöl und Raffinerieprodukte	26,1
Elektronik	9,6
Gold und Silber	8,2

Quelle: Economist Intelligence Unit, Country Risk Service

Wachstumstreiber aus. Die makroökonomischen Steuerungsinstrumente sind nur eingeschränkt wirksam. Fiskalpolitisch begrenzt die hohe Staatsverschuldung den Handlungsspielraum und geldpolitische Maßnahmen werden vom Bankensektor wegen der nach wie vor ungelösten Aktivprobleme nicht weitergegeben. Die Aussichten für das Wirtschaftswachstum sind trotz einer für 2020 möglichen leichten Belebung weiterhin schwach. Zum Zeitpunkt der Drucklegung nicht abschätzbare Wachstumsbeeinträchtigungen durch die Coronaviruspandemie sind wahrscheinlich.

Bettina Ewert
DZ BANK AG

Nützliche Adressen

DZ BANK AG

India Representative Office
124, Maker Chambers VI
220, Nariman Point
Mumbai 400 021
India
Repräsentant: Anupam Chaturvedi
Telefon: +91 22 22 80 6410
Telefax: +91 22 22 81 1377
Anupam.Chaturvedi@dzbank.de

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

No. 6/50G, Shanti Path
Chanakyapuri
New Delhi 110021
India
Telefon: + 91 11 44 19 91 99
Telefax: +91 11 26 87 31 17
E-Mail: info@india.diplo.de
<http://www.india.diplo.de>

Botschaft der Republik Indien

Tiergartenstraße 17
10785 Berlin
Telefon: 030-257950
Telefax: 030-26557000
commercial@indianembassy.de
<http://www.indianembassy.de>

Indo-German Chamber of Commerce

Maker Tower 'E', 1st floor
Cuffe Parade
Mumbai (Bombay) 400 005
India
Telefon: +91 22 6665 2121
Telefax: +91 22 6665 2120
bombay@indo-german.com
<http://www.indo-german.com>

Deutsch-Indische Handelskammer/ Deutsch-Indisches Informationsbüro e.V.

Citadellstraße 12
40213 Düsseldorf
Telefon: +49 211 360597
Telefax: +49 211 350287
duesseldorf@indo-german.com
<http://www.indo-german.com>

Eckdaten für den Export nach Indien

Bevölkerung:
1,3 Milliarden

Hauptstadt:
Neu Dehli

Währungseinheit:
1 Indische Rupie = 100 Paise
ISO-Code: INR

Wichtige Feiertage:
26. Januar Tag der Republik
07. Mai Buddha Purnima
25. Mai Id-ul-Fitr
01. August Id-ul-Zuha
12. August Janamashtami
15. August Unabhängigkeitstag
30. August Muharram
02. Oktober Mahatma Gandhi Jayanti
30. Oktober Milad-Un-Nabi
25. Dezember Weihnachten

Zollflughäfen:
Ahmedabad, Bangalore, Chennai, Goa, Kalkutta, Mumbai, New Dehli u.a.

Wichtige Seehäfen:
Chennai, Kandla, Kochi, Kalkutta, Mumbai, New Mangalore, Sikka, Tuticorin u.a.

Korrespondenzsprachen:
Englisch, Hindi

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Zahlung gegen unwiderrufliches, bankbestätigtes Dokumentenakkreditiv ratsam. Fakturierung in USD auf cif/fob Basis.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
3 von 7
Es bestehen keine formellen Deckungseinschränkungen.

Auszug aus den „Exportbestimmungen anderer Länder“ sowie aus den „Konsulats- und Mustervorschriften“.

„Unter gleichen Bedingungen mitbieten“

Vietnam ist eine rasant wachsende Volkswirtschaft und nach Singapur der zweitgrößte Handelspartner der EU in Südostasien. Jahrelang haben Brüssel und Hanoi über ein gemeinsames Freihandelsabkommen (EVFTA) verhandelt. Im Januar hatte der zuständige Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) bereits grünes Licht gegeben, nun hat auch das EP seine Zustimmung erteilt. Das Abkommen muss jetzt noch vom Rat der Europäischen Union und von der vietnamesischen Nationalversammlung beschlossen werden, bevor es in Kraft treten kann. Marko Walde, Geschäftsführer der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Vietnam, erklärt im Gespräch mit VR International, warum er sich vehement für das Abkommen einsetzt.

VR International: Herr Walde, die Abgeordneten des EP bezeichneten den Vertrag als „das modernste, am weitesten reichende und ambitionierteste Abkommen, das jemals zwischen der EU und einem Entwicklungsland geschlossen wurde“. Können Sie diese Euphorie teilen?

Marko Walde: Weltweit macht zunehmender Protektionismus den auslandsaktiven deutschen Unternehmen zu schaffen. Eine ambitionierte europäische Handelspolitik mit dem Ziel wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen ist für die Betriebe wichtig, um auch in Zukunft erfolgreich international tätig sein zu können. Das EU-Vietnam-Abkommen setzt hierfür die richtigen Akzente: Es wird im Laufe der nächsten Jahre alle verbleibenden Zölle auf beiden Seiten abschaffen, den Dienstleistungshandel erleichtern, den Zugang zu Beschaffungsmärkten garantieren sowie die regulatorische Kooperation vereinfachen. Das Abkommen umfasst also nicht nur tarifäre Fragen - zum Beispiel Fragen des Zolls oder Exportsubventionen -, sondern enthält auch Regelungen zu Dienstleistungen, zum Abbau nichttarifärer Handelsbarrieren und anderen handelsrelevanten Aspekten wie Schutz des geistigen Eigentums und Wettbewerbsfragen. Darüber hinaus ist es ein Instrument zum Schutz der Umwelt und zur Förderung des sozialen Fortschritts in Vietnam, einschließlich der Arbeitnehmerrechte. Es verpflichtet das Land zur Anwendung des Pariser Klimaabkommens. Vietnam hat sich auf Drängen des Europäischen Parlaments auch verpflichtet, zwei Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren. Die Abschaffung der Zwangsarbeit soll noch in diesem Jahr ratifiziert werden, und das Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit bis 2023. Das Handelsabkommen kann ausgesetzt werden, wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Ich halte es allerdings für wenig wahrscheinlich, dass es in diesem Kontext zu einer Aussetzung kommen wird.

Vor diesem Hintergrund kann ich die Euphorie durchaus teilen, beide Seiten geben ein klares Bekenntnis zum freien Handel und Multilateralismus. Gesamtgesellschaftliche Aspekte, wie Arbeitnehmerrechte und Klimaschutz, finden ebenfalls eine angemessene Berücksichtigung.

VR International: Der Außenhandelsverband BGA sprach von einer großen Chance für europäische Unternehmen. Welche Branchen würden denn am meisten profitieren?

Marko Walde: Deutsche Unternehmen bekommen besseren Marktzugang und Rechtssicherheit im Wachstumsmarkt Vietnam. 2018 lag Vietnams durchschnittlich angewandter Zollsatz bei 8,6%. Bei Agrarwaren betrug er 16,4 und bei Industriegütern 8,4%. Mit dem Inkrafttreten des Abkommens fallen 65% der Zölle auf EU-Exporte sofort weg und nach Auslauf verschiedener Übergangsfristen - diese liegen bei maximal zehn Jahren - bis zu 99%. Die EU hingegen wird 71% Ihrer Zolltarife beim Inkrafttreten des Abkommens abschaffen und nach sieben Jahren 99%. Neue Chancen liegen insbesondere in den Bereichen Maschinen, Kraftfahrzeuge, Textilien, Pharma, Lebensmittel und Chemie. Durch die Abkommen werden zudem 169 geografische Herkunftsbezeichnungen der EU wie etwa Bayerisches Bier, Moselwein und Lübecker Marzipan geschützt. Das EU-Vietnam-Investitionsschutzabkommen beinhaltet ein reformiertes Streitbeilegungsverfahren und soll bilaterale Investitionsschutzabkommen der EU-Mitgliedstaaten ersetzen. Mehr als 4.000 deutsche Betriebe exportieren bereits nach Vietnam, davon sind 69% kleine und mittlere Unternehmen. Im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse konnten entscheidende Ergebnisse erzielt werden, insbesondere für Kraftfahrzeuge, Arzneimittel und erneuerbare Energien. Im Rahmen von WTO-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) hat Vietnam circa

Interview mit ...

Marko Walde
Geschäftsführer der
Delegation der Deutschen
Wirtschaft
Tel.: 0084 (28) 3823
9775
walde.marko@vietnam.ahk.de



105 von 155 Dienstleistungssektoren liberalisiert. Im Dienstleistungsbereich geht das EVFTA weit über die derzeitigen WTO-Verpflichtungen hinaus und bietet deutschen und europäischen Unternehmen neuen beziehungsweise verbesserten Marktzugang in folgenden Sektoren: Post- und Kurier, Gesundheitsdienste, Umweltdienste, Computerdienste, Seeverkehr, Telekommunikation und im Finanzwesen.

VR International: Firmen sollen sich in Zukunft an öffentlichen Ausschreibungen der vietnamesischen Regierung beteiligen können. Welche Projekte stehen in Hanoi denn ganz oben auf der Agenda?

Marko Walde: Vietnam ist nicht Mitglied des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen. Das Kapitel zum öffentlichen Beschaffungswesen im EU-Vietnam Freihandelsabkommen steht im Einklang mit den Regeln des WTO-Übereinkommens, sodass ein Maß an Transparenz und Verfahrensfairness erreicht wird. Europäische beziehungsweise deutsche Unternehmen können somit unter den gleichen Bedingungen, wie heimische Wettbewerber, bei den folgenden Beschaffungsstellen mitbieten:

- ▶ 20 Ministerien und festgelegte Stellen in den Städten Hanoi und Ho Chi Minh Stadt,
- ▶ 42 öffentliche Versorgungsunternehmen, wie etwa 34 öffentliche Krankenhäuser, die öffentliche Nachrichtenagentur und die Eisenbahn.

Chinas Seidenstraße in Afrika

Das global angelegte Seidenstraßen-Projekt Chinas, das die Transportverbindungen der Volksrepublik über den See- und Landweg durch Zentralasien nach Europa verbessern soll und mit dem die Regierung in Beijing sicherlich auch ihren politischen Einfluss stärken will, wird seit geraumer Zeit auch nach Afrika ausgeweitet. Der Kontinent ist aufgrund seines Bevölkerungsreichtums und des noch geringen wirtschaftlichen Entwicklungsgrades die Wachstumsregion der Zukunft.

Für deutsche Unternehmen stellt sich die Frage, ob und wie sie an den, meist von chinesischen Konzernen durchgeführten, Projekten teilhaben können. Wir schauen uns im Folgenden daher an, wie die Beschaffungsprozesse chinesischer Unternehmen bei Seidenstraßen-Projekten in Afrika aussehen, ob Anlagen und Materialien wirklich nur im Heimatland eingekauft werden und ob es Unterschiede bei staatlichen und privaten Firmen gibt.

Dabei zeigt sich relativ schnell, dass alleine vor Ort in Afrika nur wenig zu holen ist. Wer Ausrüstungen an chinesi-

sche Baustellen in Afrika verkaufen will, muss dies meist in China tun. Einfach ist es nicht. Der Repräsentant eines großen ausländischen Baumaschinenherstellers in Beijing hat viel zu tun. „95% der Umsätze unseres Unternehmens mit chinesischen Kunden in Afrika laufen über uns hier“, berichtet Ulrich Binkert von GTAI über ein Telefonat mit einem Vertriebsexperte. Nur den Rest akquiriert der Hersteller über seine Vertriebsbüros und -vertreter in Afrika selbst.

Hauptgrund ist, dass staatliche Baukonzerne als die wichtigste chinesische Kundengruppe in Afrika ihre Ausrüstungen durchweg in China beschaffen. Die China Civil Engineering Construction Corporation (CCECC) in Kenias Hauptstadt Nairobi, die in dem ostafrikanischen Land unter anderem Straßen baut, begründet die zentrale Beschaffung auch für Drittländer mit Größenvorteilen, die niedrigere Preise ermöglichen. Zudem lasse sich damit eine gewisse Einheitlichkeit des Maschinenparks gewährleisten, was den Aufwand für Ersatzteile und Kundendienst verringere.

Den Zuschlag bei solchen Ausschreibungen erhalten in der Regel Unternehmen, die in der Volksrepublik ansässig sind, chinesische wie ausländische. Dabei liefern auch nichtchinesische Hersteller häufig aus ihren chinesischen Werken auf die Baustelle nach Afrika. Das liegt nicht unbedingt an niedrigeren Kosten. Eine Lieferung aus Europa bedinge Geldflüsse außerhalb von China, so Binkert weiter. Das mache solche Geschäfte kompliziert.

Deutsche Technik vor allem im Energiesektor gefragt

Generell lässt sich sagen, dass die Chancen deutscher Unternehmen steigen, je höher der Komplexitätsgrad der eingekauften Technik ist. So ist deutsche Technik etwa im Energiesektor beim Bau von Kraftwerken oder Staudämmen gefragt und auch im Maschinenbau wird nach einigen negativen Erfahrungen afrikanischer Projekte mit günstigen chinesischen Produkten mehr auf Qualität geachtet. Womit sich ebenfalls punkten lässt, ist ein gut ausgebautes lokales Wartungsnetz-



werk, mit dem die Funktionsfähigkeit der Technik gewährleistet ist. Im Zweifelsfall bleibt aber der Preis das entscheidende Kriterium.

Selbst bei den relativ wenigen Produkten ausländischer Anbieter, die tatsächlich nicht im Reich der Mitte hergestellt wurden, laufen die Kontakte und Verhandlungen oft über China: Der Baukonzern China Road and Bridge (CRB) in Kenia gibt an, dass die Hälfte solcher Lieferungen für seinen Bau der Eisenbahn Mombasa-Nairobi mit dem Beijinger Büro des jeweiligen Anbieters ausgehandelt wurde.

Der Vertrieb findet hauptsächlich in China statt

Damit ist ein guter Teil des potenziellen Afrika-Geschäfts deutscher Anbieter von Baumaschinen das Weiterdenken des Vertriebs in China. Und der hat seine Eigenheiten. Der China-Chef des deutschen Baumaschinenherstellers Wirtgens, Ulrich Reichert, spricht in einem Webinar von „zähen Verhandlungen“ und einer „eingehenden Tenderprozedur“, um Aufträge hereinzuholen. Und dass man diese Aufträge auf der Basis jahrelanger Beziehungen erhalten habe - sein erstes Projekt mit CRB in Afrika hat Reichert Mitte der 1990er-Jahre abgewickelt. Dabei präzisiert der Manager: „Diese Beziehungen sind aber nicht statisch, da muss man immer dran arbeiten.“

Auch Markus Thill, President Region Africa der Robert Bosch GmbH, berichtet

von ähnlichen Erfahrungen. So habe man etwa Elektrowerkzeuge speziell für den afrikanischen Markt in Kooperationen mit chinesischen Kunden für chinesische Bauarbeiter entwickelt, die man in Shenzhen herstelle und an die chinesischen Kunden verkaufe, die die Werkzeuge dann an ihre afrikanischen Tochterunternehmen verschicken. Die gesamte Wertschöpfung bei Bosch findet also in China statt.

Etwas anders sieht es bei den Baustoffen aus. Hier lohne es sich laut Binkert für die chinesischen Unternehmen, anders als bei großen Maschinen nicht, im eigenen Land einzukaufen und Zement und Co. anschließend tausende Kilometer nach Afrika zu transportieren. Stattdessen wird bei Produzenten vor Ort gekauft.

KMU sollten sich Konsortien anschließen

Im Bauwesen selbst, also bei der Ausführung der Projekte, besteht laut Thill das Problem, dass die afrikanischen Regierungen bei der Auftragsvergabe für große Infrastrukturvorhaben fast immer auf einen Generalunternehmer bestehen. Für KMU besteht aber zumindest die Möglichkeit sich einem Konsortium anzuschließen, in denen einzelne Bauabschnitte übernommen werden können. Direkt ausgeschrieben werden diese jedoch fast nie.

Deutlich besser sieht es laut Binkert für deutsche Ingenieurbüros aus. Sowohl in der Planung als auch der Begleitung beziehungsweise Überwachung der Umsetzung von Projekten haben deutsche

Büros gute Chancen an Aufträge zu kommen. Dabei wird in der Regel auch nicht mit den chinesischen Konzernen und Geldgebern zusammengearbeitet, sondern direkt mit den örtlichen Baubehörden. Entsprechende Kontakte sollten daher auch in den einzelnen Ländern geknüpft werden.

Lokale Kontakte sind laut Thill auch wichtig, um an Informationen zu anstehenden Projekten zu kommen, die noch nicht öffentlich gemacht wurden. Ebenfalls sollten lokale Wirtschaftspublikation - etwa „Mining Weekly“ in Südafrika - verfolgt und lokale Messen besucht werden.

Eine weitere Eigenart der chinesischen Konzerne sei, so Thill, die Geschwindigkeit mit der Entscheidung getroffen würden. Oft sei es daher wichtig möglichst früh präsent zu sein und seine Dienste und Produkte anzubieten, um den Zeitpunkt der Entscheidungsfindung nicht zu verpassen.

Zu den Personen

Ulrich Binkert

Senior Manager Afrika/Nahost, GTAI
0049 228 24 993 267

Lisa Flatten

Coordinator Belt & Road Initiative, GTAI
0049 228 24 993 392

Dr. Markus Thill

President Region Africa,
Robert Bosch GmbH



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DZ BANK AG, Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG VERLAG, E-Mail: akoeller@dgverlag.de
Verlag: Deutscher Genossenschafts-Verlag eG
Vertreten durch den Vorstand:
Peter Erlebach (Vorsitzender), Franz-J. Köllner und Mark Wülfinghoff,
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock, DZ BANK, NEUSSELMARTIN, AHK Vietnam, Nataly Reinch/Shutterstock.com
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Deutschen Genossenschafts-Verlages eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.